

3. Sitzung

Düsseldorf, Montag, 10. Juni 1985

Mitteilungen des Präsidenten	25 A
Vorstellung und Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung	25 A
Rau, Ministerpräsident	25 B
Entgegennahme der Regierungserklärung	25 D
Rau, Ministerpräsident	26 A
Ermächtigung des Ausschusses für Haushaltskontrolle zur Prüfung der Rechnung des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen gemäß § 101 LHO	
Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/11	40 A
Ergebnis	40 B
Einwilligung des Landtags bei der Veräußerung von Grundstücken gemäß § 64 Abs. 2 LHO	
Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion CDU und der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/12	40 B
Ergebnis	40 C
Beschlüsse zu Petitionen	
– Übersicht 9/57 –	40 C
Nächste Sitzung	40 D

Entschuldigt waren für den 10. Juni 1985:

SPD: Braun
Burger
Dr. Dammeyer
Dr. Heugel
Kern
Ottlinger
Poulheim

CDU: Diegel
Dr. Fischer

(A) Beginn: 10.03 Uhr

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 3. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie alle recht herzlich willkommen. In meinen Willkommensgruß beziehe ich die Gäste und Zuhörer auf der Tribüne sowie die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen mit ein.

Für die heutige Sitzung haben sich neun Abgeordnete entschuldigt. Ihre Namen werden im Protokoll festgehalten.

Seinen Geburtstag feiert heute Herr Abg. Reinhold Trinius von der Fraktion der SPD. Er wird 51 Jahre alt.

(Beifall)

Ich darf Ihnen im eigenen Namen sowie im Namen des Hauses einen herzlichen Glückwunsch aussprechen und frohes Schaffen wünschen.

Wir treten nun, meine Damen und Herren, in die heutige Tagesordnung ein. Ich rufe Punkt 1 auf:

Vorstellung und Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung

Der Herr Ministerpräsident hat mir mitgeteilt, daß er sein Kabinett heute vorstellen möchte. Ich erteile Ihnen, Herr Ministerpräsident, dazu das Wort.

(B)

Ministerpräsident Rau: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gemäß Art. 52 Abs. 3 der Landesverfassung habe ich folgende Mitglieder der Landesregierung ernannt:

Herrn Dr. Diether Posser
zum Finanzminister,

Herrn Dr. Herbert Schnoor
zum Innenminister,

Herrn Dr. Rolf Krumsiek
zum Justizminister,

Herrn Hans Schwier
zum Kultusminister,

Frau Anke Brunn
zum Minister für Wissenschaft und
Forschung,

Herrn Hermann Heinemann
zum Minister für Arbeit,
Gesundheit und Soziales,

Herrn Prof. Dr. Reimut Jochimsen
zum Minister für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie,

Herrn Günther Einert
zum Minister für Bundesangelegen-
heiten,

Herrn Klaus Matthiesen
zum Minister für Umwelt, Raumord-
nung und Landwirtschaft,

Herrn Dr. Christoph Zöpel
zum Minister für Stadtentwicklung,
Wohnen und Verkehr.

Zu meinem Stellvertreter habe ich Herrn
Finanzminister Dr. Diether Posser bestellt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident, und bitte nunmehr die Frau Minister und die Herren Minister, zur Eidesleistung zu mir zu kommen.

(Die neuernannten Minister begeben sich
zum Platz des Präsidenten.)

Der Amtseid der Mitglieder der Landesregierung gemäß Art. 53 der Landesverfassung lautet - ich bitte mir das nachzusprechen -:

Ich schwöre, daß ich meine ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten, Verfassung und Gesetz wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

(D)

Frau Minister, meine Herren Minister, ich gratuliere Ihnen im Namen des Landtags zu Ihrer Ernennung und wünsche Ihnen Erfolg bei Ihrer Arbeit. Ich bitte Sie nunmehr, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

(Beifall bei der SPD - Abg. Kniola (SPD) beglückwünscht Frau Minister Brunn mit einem Biedermeiersträußchen.)

Meine Damen und Herren, ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Entgegennahme der Regierungserklärung

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

(A) **Rau, Ministerpräsident:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir in Nordrhein-Westfalen gehen gemeinsam ans Werk. Das ist meine Hoffnung nach dem klaren Vertrauensbeweis unserer Bürgerinnen und Bürger, für den wir Dank sagen und auf den wir mit dem Versprechen antworten: Wir wollen einander auch in den nächsten fünf Jahren mit Respekt und Toleranz begegnen. Wir wollen uns sachlich und offen um die besten Lösungen für unser Land und seine Menschen bemühen.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung geht selbstbewußt und mit wohlbegründeter Zuversicht an die Arbeit. Sie unterschätzt die objektiven Schwierigkeiten nicht, die zu bewältigen sind, damit Arbeit, Umwelt und Technik im Leben der Menschen wieder die richtige Rolle spielen können.

Aber sie ist davon überzeugt, daß die Probleme gemildert, daß sie auf längere Sicht auch gelöst werden können. Wir in Nordrhein-Westfalen sind bereit, unseren Teil der Verantwortung wahrzunehmen. Wir erwarten, daß der Bund seine gesamtstaatliche Verantwortung ernst nimmt.

(Beifall bei der SPD)

(B) Ich möchte mich an die beiden Fraktionen im Landtag wenden, die von den Wählern am 12. Mai mit der Aufgabe der Opposition betraut worden sind: CDU und F.D.P. sollen wissen, daß wir ihre Anregungen und ihre Kritik mit Aufmerksamkeit und Respekt aufnehmen werden. Sie können aber ebenso gewiß sein, daß diese Haltung nichts ändert an dem Auftrag, den wir übernommen haben und den wir wahrnehmen werden.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Politik für Nordrhein-Westfalen bleibt eine Politik der sozialen Verantwortung, eine Politik des inneren und des sozialen Friedens. Die Menschen wissen, daß wir auch bisher mit der uns verliehenen Regierungsmacht nicht hochmütig, sondern sorgsam umgegangen sind. Ich sage, daß das so bleiben wird.

Wir in Nordrhein-Westfalen wissen: Wir leben in einem schönen und starken Land. Wir sind fast 17 Millionen Menschen. Unsere Herkunft ist unterschiedlich - unsere Zukunft ist gemeinsam. Wir leben gern hier. Vielfalt ist unsere Stärke. Wir sind stolz auf unsere Heimat.

Wir haben uns vorgenommen, unser Land noch weiter voranzubringen. Vor dem 12. Mai ist

(C) viel geredet worden über ein angebliches Nord-Süd-Gefälle oder über ein angebliches Hinterherhinken gegenüber anderen Bundesländern.

Dieses Gerede war und ist falsch. Nordrhein-Westfalen braucht sich nicht zu verstecken. Es ist das Land mit der größten Wirtschaftskraft. Obwohl der Strukturwandel gerade unsere traditionellen Industrien besonders stark getroffen hat, hatten wir 1984 das gleiche Wachstumstempo wie im gesamten Bundesgebiet. In der Produktivität lagen wir deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die Dienstleistungen stellen inzwischen mehr als die Hälfte der Wirtschaftskraft unseres Landes. Nordrhein-Westfalen ist damit nach wie vor das industrielle Herz der Bundesrepublik und ein Land moderner Dienstleistungen.

Von allen vergleichbaren traditionellen Industrieregionen hat das Land an Rhein und Ruhr, an Wupper und Weser die besten Chancen, den Strukturwandel erfolgreich zu meistern. Mit dem Aktionsprogramm Ruhr haben wir dazu beigetragen, daß das Ruhrgebiet bei der wirtschaftlichen Erneuerung ein gutes Stück vorangekommen ist.

Aber: Auch wir konnten und können nicht verhindern, daß zur Zeit über 700 000 Menschen in unserem Land keine Arbeit finden.

(D) Das öffentliche Echo auf das Wahlergebnis vom 12. Mai macht deutlich: Die Entscheidung der Bürger unseres Landes hat politische Bedeutung weit über unser Land hinaus. Die Bundesregierung fängt jetzt wenigstens an, über beschäftigungspolitische Initiativen im Interesse der Menschen nachzudenken. Ob sie wirklich die Kraft zu einem entscheidenden Schritt findet, wage ich heute nicht zu beurteilen.

Meine Damen und Herren! Bevor von den künftigen Schwerpunkten unserer Politik die Rede sein soll, will ich einige Worte zu den tiefgreifenden Veränderungen sagen, mit denen wir uns auseinandersetzen haben, zur Wertorientierung unserer Politik und zu den Handlungsmöglichkeiten, die uns gegeben sind. Dreierlei steht aus meiner Sicht im Vordergrund.

Erstens: Die vorliegenden Daten sprechen dafür, daß sich der wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturwandel weiter beschleunigen wird. Neue Strukturen, Produkte und Prozesse bestimmen die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung. Neue Technologien drängen rasch in immer weitere Bereiche vor und sind neue Herausforderungen für die Anpassung.

(Ministerpräsident Rau)

- (A) Besonders im Bereich der neuen Technologien drohen zusätzliche Formen des internationalen Protektionismus. Daraus kann für unsere Wirtschaft eine Lage entstehen, deren schlimme Folgen wir bedenken müssen. Ich nenne nur die Stichworte: zunehmende strukturelle Massenarbeitslosigkeit und wachsende Ungerechtigkeit bei der Verteilung dessen, was die Menschen erwirtschaften.

Zweitens: Die Gefahren, die unserer Umwelt drohen, sind längst nicht abgewendet. Trotz der bisherigen Bemühungen hat die Bedrohung unserer natürlichen Lebensgrundlagen weltweit noch zugenommen. Die Art, wie in der Bundesrepublik Deutschland - übrigens auch bei unseren Nachbarn - mit der Natur umgegangen wird, die Art auch unseres Wirtschaftens, gefährdet sowohl die Natur als auch die Gesundheit der Menschen.

Zu den Zeichen der Hoffnung gehört, daß immer mehr Menschen sich dessen bewußt werden und wohl auch bereit wären, Konsequenzen mitzutragen. Ich erinnere an die Smog-Tage zu Anfang des Jahres. Die Landesregierung weiß, daß die Umwelt eine Quelle unseres Lebens ist und daß das Wiedergewinnen der Umwelt auch über die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes entscheidet.

Drittens: Unsere Politik muß die richtigen Schlüsse ziehen aus dem, was wir an demographischen Entwicklungen vor uns sehen. Die Zahl der Geburten wird auch in unserem Land weiter stagnieren. Zugleich werden in den nächsten Jahren junge Menschen aus sogenannten geburtenstarken Jahrgängen Ausbildung und Arbeit suchen. Der Anteil der nicht mehr erwerbstätigen Menschen an der Gesamtbevölkerung wird größer werden.

(B)

Manche glauben, der Staat könne und müsse versuchen, die Zahl der Geburten mit Hilfe finanzieller Anreize zu erhöhen. Das wollen wir nicht tun. Wir gehen von dem Grundsatz aus, daß nur die Eltern darüber zu entscheiden haben, ob sie und wie viele Kinder sie wollen. Übrigens war derartigen Versuchen auch in anderen Ländern kein dauerhafter Erfolg beschieden.

Wir in Nordrhein-Westfalen wollen mehr Gerechtigkeit für die Familien mit Kindern. Wir wollen mehr Kindergeld für alle statt unterschiedlicher Steuerersparnis je nach Höhe des Einkommens.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Alle Kinder müssen dem Staat gleich viel wert sein.

(C) Wir wissen aber auch: Nicht weniger wichtig als Geld ist die Frage, wie wir mit unseren Kindern umgehen und was wir für sie tun. Das wird sich vor allem an der Wohn- und Lebenswelt in unseren Städten zu erweisen haben. Es wird sich aber auch daran zeigen müssen, welche Zukunft wir unseren Kindern zu bieten haben: Eine Zukunft, in der Friede herrscht und Aussicht auf Arbeit in einer lebenswerten Umwelt, das wäre schon das mindeste, das wir anzustreben hätten.

An der Leitlinie unseres politischen Handelns wird sich nichts ändern. Unser Maßstab ist die solidarische Gesellschaft, also das Bündnis derer, die Solidarität brauchen, mit denen, die Solidarität wollen. Die Werte, auf die wir bauen, lauten: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Ich wiederhole: Solidarität ist mehr als ein Bündnis der Schwachen untereinander im sozialen Kampf. Solidarität ist Ausdruck der Einsicht, daß wir nur dann menschlich miteinander leben können, wenn wir uns füreinander verantwortlich wissen und einander helfen.

Mir liegt aber daran, einen weiteren Aspekt deutlich zu machen. Wir glauben immer noch, daß es genügend Menschen bei uns gibt, die auch dann, wenn sie leistungsfähig und stark sind und wenn sie ihre Ellenbogen eigentlich gebrauchen könnten, doch noch offen sind für andere, denen es schlechter geht, die des Schutzes und die der Hilfe bedürfen. Wir möchten bei uns in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus - lassen Sie mich das so sagen - einen Geist verbreiten, der Leistungsbereitschaft, Leistungsfähigkeit und Solidarität zusammenbringt.

(D)

Wir in Nordrhein-Westfalen bauen nicht auf ein Modell der Gesellschaft, deren Treibstoff aus dem Egoismus der einzelnen gemacht ist. Wir wissen zwar, wie sehr Eigennutz uns Menschen antreibt; da soll man sich keine Illusionen machen. Aber wir meinen: Das Handeln des einzelnen muß gesellschaftlich und sozial verantwortet sein. Wir vertrauen den Menschen. Wir geben auch die Hoffnung nicht auf, daß im menschlichen Wesen zutiefst ein Stück Offenheit für andere Menschen angelegt ist. Darauf bauen wir.

Ich kann und ich will nicht überdecken, daß unsere Handlungsmöglichkeiten begrenzt sind. Solche Begrenzungen ergeben sich aus der Aufteilung der Verantwortlichkeiten auf Europäische Gemeinschaft, Bund, Länder und Gemeinden. Sie ergeben sich aus finanziellen und politischen Zuständigkeiten.

(Ministerpräsident Rau)

- (A) Die Massenarbeitslosigkeit abzubauen und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen - das sind Aufgaben, die nur im Zusammenhang zu bewältigen sind und nur gemeinsam im gesamtstaatlichen Interesse. Daraus ergibt sich der Zwang zum Kompromiß, aber nicht der Zwang zur Untätigkeit.

Nordrhein-Westfalen hat als größtes Bundesland viel politisches Gewicht. Dieses Gewicht ist seit dem Wählerauftrag des 12. Mai gewachsen. Wir werden unsere Vorstellungen von sozialer Verantwortung, von Chancengleichheit, von liberaler und demokratischer Vielfalt, von der Verantwortung des Staates für eine aktive Zukunftsgestaltung dem Bund gegenüber deutlich vertreten und sein Handeln einfordern.

Die Landesregierung ist bereit zur Zusammenarbeit mit der Bundesregierung - nicht aus Zwang, sondern aus unserem Verständnis der Verfassung heraus. Bundestreue und bundesfreundliches Verhalten sind für uns keine leeren Schlagworte, aber sie dürfen auch keine Einbahnstraßen sein.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung setzt auf den Konsens, auf das Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Gruppen. Die Gewerkschaften, die Arbeitgeber, die Kirchen und die großen Verbände können und sollen Verantwortung mit übernehmen.

- (B) Wir wollen mutig nach vorn gehen und unsere Gesellschaft mit neuen Initiativen nach vorn bringen. Ich lade alle ein, mit Kreativität und Phantasie dabei zu helfen.

Mit drei neuen Projekten will die Landesregierung neues Engagement anstoßen:

Erstens: Wir werden ein Institut "Arbeit und Technik" und ein kulturwissenschaftliches Institut gründen. Wir streben dabei eine Organisationsform an, aus der ein "Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen" entstehen kann. Wir brauchen die wissenschaftliche und gesellschaftliche Auseinandersetzung um eine sozialverträgliche Technik und um die wechselseitige Beeinflussung von Kultur und Technik.

Zweitens: Wir werden die Grundlage für eine Stiftung "Naturschutz, Heimat und Kulturpflege" schaffen. Ähnlich den "National Trusts" in England wollen wir die Eigeninitiative unserer Bürger für Natur, für Kultur und für ihre Heimat herausfordern. Denn nicht alles kann, nicht alles soll der Staat alleine machen.

Drittens: Wir wollen zusätzlich etwas tun für einen besseren Ausgleich zwischen Nord und Süd, auch wenn das nur ein Akzent sein kann. Ich bin froh darüber, daß es in unserem Land so viele private Initiativen für die Dritte Welt gibt. Die Landesregierung wird eine Stiftung "Entwicklung und Frieden" errichten, in die Willy Brandt den Preis einbringen wird, den ihm die "Third World Foundation" verliehen hat.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe von unserer Grundorientierung gesprochen. Und ich habe gesprochen von den großen Herausforderungen. Keine ist größer als die Massenarbeitslosigkeit. Sie ist das zentrale soziale Problem unserer Zeit.

Es ist eine Schande für die Gesellschaft, daß für rund 2,2 Millionen Menschen - mit der verdeckten Arbeitslosigkeit für weit über 3 Millionen Menschen - die Arbeitszeit gegen ihren Willen auf Null verkürzt ist. Millionen Männer und Frauen leben in der Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Arbeitslosigkeit gefährdet die materielle Existenz vieler. Sie gefährdet die soziale Existenz der Betroffenen und ihrer Familien. Sie nimmt vielen ihr Selbstwertgefühl.

Wir leben in einem der reichsten Länder dieser Erde. Wenn bei uns Massenarbeitslosigkeit zur Dauererscheinung wird, wenn Menschen wieder bei Kleiderkammern anstehen, wenn neue Armut Realität wird, dann wird gegen das Gebot der sozialen Gerechtigkeit verstoßen.

(Zustimmung bei der SPD)

Die konservativen Patentrezepte sind gescheitert: Monat für Monat müssen wir erleben, daß auch steigendes Wirtschaftswachstum nicht zu weniger Arbeitslosigkeit führt.

Drei Jahre nach der sogenannten Wende in Bonn stellen die Menschen fest: Die Arbeitslosigkeit ist so hoch wie nie seit der Währungsreform, die Verteilung ist ungerechter geworden, die soziale Symmetrie ist beschädigt, der soziale Friede ist in Gefahr.

Das sind die eigentlichen Ursachen dafür, daß sich die Menschen von der gegenwärtigen Politik der Parteien der Bonner Koalition abwenden.

(Zuruf von der CDU: Scheinheiliges Gerede! - Weitere Zurufe von der CDU - Zuruf von der SPD: Doch, so ist es! - Weitere Gegenrufe von der SPD - Unruhe)

(C)

(D)

(Ministerpräsident Rau)

- (A) Keine Partei, keine Regierung kann versprechen, sie werde die Massenarbeitslosigkeit in kurzer Zeit und ohne gemeinsame Opfer beseitigen. Verantwortliche Politik muß aber alles in ihrer Kraft Stehende tun, damit mehr Menschen einen sicheren Arbeitsplatz erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung ruft alle Verantwortlichen in der Wirtschaft, in den Gewerkschaften, in Staat und Kommunen auf: Lassen Sie uns gemeinsam darangehen, den Solidarpakt zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zu schließen! Unsere gemeinsame Aufgabe heißt: Arbeit für alle durch mehr Solidarität.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Der Solidarpakt muß drei Eckpunkte haben: weitere Arbeitszeitverkürzungen, qualifizierende Arbeitsmarktpolitik, ökologische und ökonomische Erneuerung unseres Industrielandes.

Wir brauchen weitere Schritte zur Arbeitszeitverkürzung, die der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in verschiedenen Branchen entsprechen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Die Landesregierung drängt die Arbeitgeber, sich nicht erneut von wenigen Verbandsfunktionären in eine Tabu-Position manövrieren zu lassen. Wir halten enge Verbindung mit den Gewerkschaften, deren verantwortungsvoller Beitrag gerade hier unentbehrlich ist. Das Gespräch mit den Gewerkschaften ist nicht immer einfach; denn die Landesregierung ist auch Arbeitgeber für mehrere hunderttausend Menschen. Ich weiß sehr wohl, daß wir besondere Verantwortung tragen für jene, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Ich weiß aber auch: Wir tragen Verantwortung für jene, die Beschäftigung im öffentlichen Dienst suchen.

Das Arbeitsförderungsgesetz muß so geändert werden, daß Leistungsbeschränkungen wieder rückgängig gemacht werden, die von der Bundesregierung in den letzten Jahren vorgenommen wurden.

(Zustimmung bei der SPD)

Das Arbeitsförderungsgesetz muß wieder ein Instrument vorbeugender Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und vorausschauender Qualifikation der Arbeitnehmer werden.

(C) Wir in Nordrhein-Westfalen nehmen nicht hin, daß junge Menschen von der Schule in die Hoffnungslosigkeit entlassen werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Zukunftschancen der jungen Frauen und Männer hängen mehr denn je von ihrer Ausbildung ab. Deshalb wird das Land seine außerordentlichen Anstrengungen zur Qualifizierung der Arbeitnehmer und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit fortsetzen.

Betriebe, die ausbilden können und sich zu Lasten anderer Betriebe der Ausbildungsverantwortung entziehen, müssen sich an den Kosten der Ausbildung beteiligen. Das halten wir für eine moralische Pflicht.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung wird im Bundesrat eine Initiative für eine allgemeine und bundeseinheitliche Beteiligung der nichtauszubildenden ausbildungsfähigen Betriebe an der Finanzierung der Berufsausbildung einbringen.

(Bravo! und Beifall bei der SPD)

Was die Menschen in der Schule und in der Berufsausbildung lernen, kann trotz aller Verbesserungen immer seltener für ein ganzes Arbeitsleben ausreichen. Die Landesregierung hält deshalb die Weiterbildung der Arbeitnehmer für eine unverzichtbare und immer wichtiger werdende Aufgabe.

(D) Das zu geringe Angebot an Arbeitsplätzen erschwert vor allem die Situation von Frauen, die einige Jahre nicht erwerbstätig waren, weil sie sich ganz ihren Kindern widmen wollten. Die Landesregierung unterstützt Bemühungen, diesen Frauen die Wiedereingliederung ins Berufsleben zu erleichtern. In ihrem Verantwortungsbereich wird sie entsprechend handeln.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung unterstützt die Beschäftigungsinitiative der SPD-Bundestagsfraktion. Ich möchte die Bundesregierung drängen, darüber unverzüglich Verhandlungen mit den Ländern aufzunehmen. Dann ist auch über unsere Forderungen an den Bund zu reden: über ein Bundesprogramm "umweltfreundliche Kohlekraftwerke" und über die Sanierung industrieller Altlasten ergänzend zu den Eigenleistungen der Industrie.

Wir setzen, meine Damen und Herren, auf die Leistungen und Fähigkeiten der arbeitenden Menschen in unserem Land, auf unternehmeri-

(Ministerpräsident Rau)

- (A) schen Mut und Innovationskraft gerade in den kleinen und mittleren Unternehmen und auf das Zusammenwirken von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Staat. Die Landesregierung erneuert ihr Gesprächsangebot an die Arbeitgeber und die Gewerkschaften. Lassen Sie uns gemeinsam an einem Tisch Lösungen suchen und finden! In unserer Gesellschaft gibt es eine große Bereitschaft zur Mitverantwortung, zur Mitgestaltung und zum Konsens. Im solidarischen Ringen um mehr Arbeit muß sich diese Bereitschaft beweisen.

Das gilt besonders für die Aufgabe, die in dieser Legislaturperiode weiter im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen muß: die ökologische und ökonomische Erneuerung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung konzentriert ihr Handeln dabei auf sechs Schwerpunkte:

1. Wir führen unsere technologische und unsere forschungspolitische Offensive fort.
2. Im Bereich "Arbeit und Umwelt" setzen wir einen besonderen Schwerpunkt der Investitionen des Landes.
3. Unser Umweltprogramm erhält durch das Zusammenwirken der Maßnahmen zum Schutz von Luft, Boden und Wasser noch mehr Durchschlagskraft.
4. Ein neues Element unserer Infrastrukturpolitik wird der Aufbau eines modernen Kommunikationssystems sein.
5. Durch unsere Energiepolitik verbinden wir den Schutz der Umwelt mit sicherer Energieversorgung.
6. Wir stärken die außenwirtschaftlichen Aktivitäten Nordrhein-Westfalens.

Zu unserem ersten Schwerpunkt, der technologischen und forschungspolitischen Offensive: Die Landesregierung will die Chancen und Möglichkeiten der nordrhein-westfälischen Wirtschaft nutzen und stärken.

Die Leistungen unserer Forscher und Forschungseinrichtungen können sich im weltweiten Wettbewerb sehen lassen. Wir wollen aber keine ruinöse Konkurrenz zwischen den Ländern und mit der Forschungspolitik der Bundesregierung. Uns geht es um arbeitsteilige Kooperation im Interesse aller. Wir brauchen gerade in der Bundesrepublik Deutschland - und darüber hinaus in Europa - Zusammenwirken, Abstimmung und Entwicklung der jeweils spezifischen Fähigkeiten. Wir müssen bei dem ansetzen, was wir haben und was wir können. In der "Nordrhein-

Westfalen-Initiative "Zukunftstechnologien" haben wir die acht Felder genannt, auf denen unsere besonderen Chancen liegen. (C)

Motor der ökonomischen Erneuerung sind vor allem die vielen kleinen und mittleren Unternehmen im Handwerk, im Handel, in der Industrie und in den freien Berufen. Wir wollen ihre Innovationskraft und Kreativität fördern. Wir wollen ihre Chancen verbessern. Immerhin gibt es bei uns 450 000 kleine und mittlere Unternehmen. Auch wenn es viele noch nicht wissen: Nordrhein-Westfalen ist auch ein Land des Mittelstandes. Wir haben mit dem Programm "Zukunftstechnologien" neue Akzente gesetzt. Obwohl dieses Programm gerade erst ein Jahr alt ist, gibt es schon erste Kristallisationspunkte.

Wir werden einen weiteren Akzent setzen, indem die Staatsbank noch stärker für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes genutzt wird.

Wir wollen eine effiziente, marktnahe Unterstützung der nordrhein-westfälischen Unternehmen. Soweit es notwendig ist, werden wir sie durch gezielten Einsatz öffentlicher Fördermittel, durch kompetente Beratung und durch eine flexible Kredit- und Beteiligungspolitik unterstützen. Wir werden uns nach wie vor um eine intensive Zusammenarbeit mit der Kreditwirtschaft insgesamt bemühen.

Eine weitere Aufgabe sehe ich darin, die Forschungseinrichtungen in unserem Land, vor allem die Großforschungseinrichtungen, noch stärker für die Politik der Erneuerung zu nutzen. (D)

Die Unternehmen sollen schneller und vollständiger über wissenschaftliche Erkenntnisse verfügen können. Besonders die kleinen und mittleren Unternehmen brauchen mehr Beratung über die Möglichkeiten neuer Informations- und Kommunikationstechniken.

Damit der Sachverstand, die Anregungen und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften noch besser genutzt werden können, werden wir die begonnenen Fach- und Arbeitsgespräche, die Konferenzen und Forumsveranstaltungen vertiefen und fortsetzen.

Wir brauchen gesellschaftlichen Konsens darüber, welche neuen Technologien wir wollen und welche nicht, welche wir fördern und welche nicht. Nicht alles, was technisch machbar ist, ist auch gesellschaftlich wünschenswert. Markt allein hilft nicht als

(Ministerpräsident Rau)

(A) Auswahlinstrument, denn der Markt ist wertblind.

(Wendzinski (SPD): So ist es! - Zustimmung bei der SPD)

Die Einführung neuer Techniken wird die Arbeit erheblich verändern. Neue Techniken bieten Chancen: Es ist doch gut, wenn arbeitende Menschen von schwerster körperlicher Anstrengung, von gefährlichen Techniken, von geisttötenden Routinejobs so weit wie möglich befreit werden. - Gleichzeitig entstehen neue Risiken wie steigende psychische Belastungen der Arbeitnehmer.

(Zurufe)

Das Programm "Sozialverträgliche Technikgestaltung" soll helfen, daß der technische Fortschritt auch zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zu mehr qualifizierten Tätigkeiten genutzt wird. Wer neue Technologien will, der muß mehr Mitbestimmung wollen, oder er wird scheitern.

(Zustimmung bei der SPD)

Auch wollen wir die Gefahren, die von neuen Techniken auf das Zusammenleben der Menschen, vor allem in den Familien, ausgehen, bewußt machen.

(B) Unser zweiter Schwerpunkt ist "Arbeit und Umwelt". Arbeit und Umwelt gehören zusammen. Es geht darum, die Umwelt zu erhalten und gleichzeitig Arbeit zu schaffen. Gerade die Wirtschaft unseres Landes bietet vielfältige Ansatzpunkte zum Entwickeln und Verbreiten energie- und rohstoffsparender umweltfreundlicher Produkte und Produktionsverfahren. So entstehen durch qualitatives Wachstum gleichzeitig mehr Beschäftigung, bessere Umwelt und neue Exportchancen. Schon heute sind in Nordrhein-Westfalen ein Drittel der Hersteller von Umwelttechnologien, ein Drittel der Umweltinvestitionen und ein Drittel der Umweltforschung der Bundesrepublik Deutschland konzentriert. Die Landesregierung legt bei ihren Investitionen großes Gewicht auf diesen Bereich.

Verstärkte Investitionen sind erforderlich in der Wasserwirtschaft und der Abfallwirtschaft, beim Fernwärmeausbau, im Natur- und Landschaftsschutz, bei der Verbesserung des Wohnumfeldes und der Stadterneuerung. Wir müssen auch noch mehr zum Einsparen von Energie investieren. Schon im Haushalt 1985 hat die Landesregierung für diese Aufgaben im Bereich Arbeit und Umwelt 2,6 Milliarden DM vorgesehen.

(C) Dritter Schwerpunkt ist die Umweltpolitik. Die Arbeit der für den Umweltschutz zuständigen Minister war in den vergangenen Jahren gut, auf die Fortschritte für die Umwelt sind wir stolz. Aber wir wollen die Umweltpolitik durch neue Zusammenarbeit und stärkere Berücksichtigung von Wechselwirkungen noch besser machen.

(Zuruf von der CDU)

- Sie hören offenbar zum erstenmal eine Regierungserklärung. Versuchen Sie es doch einmal!

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung hat als erste ein umfassendes Umweltprogramm vorgelegt. Die meisten angekündigten Maßnahmen laufen bereits, andere werden zügig angegangen. Machen wir uns nichts vor: Es wird noch auf Jahre die Hauptaufgabe des Umweltschutzes bleiben, eingetretene Schäden auszubessern. Wir müssen aber gleichzeitig unsere Politik an dem umfassenden Ansatz orientieren, unsere Art des Wirtschaftens so umzustellen, daß Umweltbelastungen von vornherein soweit wie möglich vermieden werden.

In den nächsten Jahren wird uns neben Luft und Wasser vor allem der Zustand unserer Böden beschäftigen. Boden ist nicht vermehrbare, er ist nur begrenzt belastbar, die ökologische Funktion des Bodens ist bedroht. Die Landesregierung wird deshalb auf umfassende gesetzliche Initiativen zum Bodenschutz drängen.

(Zuruf von der CDU: Völlig neue Erkenntnisse!)

(D) Die Sicherung der Natur gehört zum Kern einer ökologischen Erneuerungsstrategie. Schutz der Natur in großen, zusammenhängenden Flächen ist Daueraufgabe für uns alle, auch in einem neuen Miteinander von Naturschutz und Landwirtschaft. Deshalb wird die Landesregierung alles tun, um bäuerliche Kulturlandschaften zu erhalten und kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben bei der Existenzsicherung zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei muß jeder wissen, daß die Sicherung der Einkommen unserer bäuerlichen Familienbetriebe und die umweltverträglichere Ausrichtung unserer Landwirtschaft nur über eine grundlegende Reform der EG-Agrarpolitik erreichbar ist.

(Zustimmung bei der SPD)

(Ministerpräsident Rau)

- (A) Wir können in Düsseldorf nicht ausgleichen, was in Brüssel und Bonn nicht geleistet wird.

(Erneute Zustimmung bei der SPD)

Aber wir können im Rahmen begrenzter Zuständigkeit mit gutem Beispiel vorangehen. Wir haben dies mit unserem, mit dem landwirtschaftlichen Berufsstand vereinbarten Programm für eine umweltverträgliche und standortgerechte Landwirtschaft getan.

Wir werden darauf bestehen, daß ein Fonds zur Sanierung industrieller Altlasten unter maßgeblicher Beteiligung der Industrie geschaffen wird. Den Weg einer gesetzlichen Regelung wollen wir aber nur dann gehen, wenn sich Industrie, Bund und Länder nicht auf freiwillige Regelungen einigen können.

Lassen Sie uns, meine Damen und Herren, bei der notwendigen Versöhnung von Arbeit und Umwelt keine unproduktiven ordnungspolitischen Scheindebatten austragen. Wir müssen die Instrumente finden, die sich zur Lösung konkreter Probleme jeweils am besten eignen. Beim Schutz von Mensch und Natur können wir nicht auf rechtliche Regelungen verzichten.

- (B) Daneben brauchen wir ökonomisch wirkende Instrumente, die das Verhalten von Produzenten und Konsumenten in eine ökologisch vernünftige Richtung lenken. Die Landesregierung ist auch hier bereit, neue Wege in Kooperation mit der Wirtschaft zu gehen. Das Land und die Gemeinden müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Sie sollen bevorzugt umweltfreundliche Produkte kaufen und damit diesen Produkten neue Marktchancen eröffnen.

Umweltschutz kostet Geld; aber unterlassener Umweltschutz ist teurer.

(Zustimmung bei der SPD)

Unterlassener Umweltschutz bedroht auch Arbeitsplätze. Der sterbende Wald und die Absatzausfälle in der Automobilindustrie sind besonders deutliche Beispiele. Deshalb kann aus Gründen des Umweltschutzes vernünftigerweise heute niemand mehr gegen eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen und Fernstraßen sein.

(Zustimmung bei der SPD)

Was Bonn und Brüssel derzeit gemeinsam versäumen, läßt unseren Wald noch schneller sterben.

(Erneute Zustimmung bei der SPD)

- (C) Vierter Schwerpunkt ist der Aufbau moderner Kommunikationssysteme. Sie sind entscheidende Standortvorteile für die Zukunft. Die Kommunikationssysteme ergänzen die Verkehrssysteme. In unserem dichten Straßennetz gibt es keinen nennenswerten Neubedarf. Wir brauchen eine Ergänzung der Schiene. Wir fordern von der Bundesregierung die Stärkung der Deutschen Bundesbahn in den Ballungsgebieten und in der Fläche, auch durch Erneuerungsinvestitionen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen die Verkehrsmittel besser miteinander verknüpfen und damit erreichen, daß das Angebot im ganzen Land möglichst attraktiv ist und zugleich Energie gespart wird.

In dieser Legislaturperiode müssen wir das Kommunikationssystem in Nordrhein-Westfalen zügig ausbauen. Die Landesregierung hat frühzeitig die Digitalisierung des Fernsprechnetzes und die rasche Erprobung von Glasfaser-Ortsnetzen gefordert. Wir haben die planerischen Vorarbeiten für den Aufbau einer Telekommunikations-Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen geleistet. Die Landesregierung wird gemeinsam mit den Kommunen und der Wirtschaft darauf hinwirken, daß die Netze für geschäftliche Telekommunikation rasch verfügbar sind. Wir erhoffen uns davon neue Produkte, neue Märkte und neue Arbeitsplätze. Die Landesregierung plant in Dortmund, wo es das Kabelpilotprojekt gibt, gemeinsam mit der Stadt und geeigneten Unternehmen einen Großversuch zur Einführung neuartiger integrierter Dienste in einem digitalisierten Telefonnetz.

(D) Fünftens: Leitziele der Energiepolitik des Landes sind Schonung der Umwelt, Sicherung der Energieversorgung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Diese Grundsätze haben wir in dem Bericht "Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen" dargelegt. Davon ausgehend suchen wir einen möglichst breiten Konsens in energiepolitischen Fragen.

Rationelle, sparsame Energienutzung ist umweltpolitisch geboten; sie ist zugleich ökonomisch sinnvoll, und sie hat positive Beschäftigungseffekte in der mittelständischen Industrie, im Baugewerbe, beim Handwerk und für beratende Ingenieure.

Strom, Gas und Fernwärme müssen rationeller genutzt werden; deshalb tritt die Landesregierung für eine schrittweise Verringerung des festen Preisanteils bei den Tarifen ein. Angesichts gestiegener und weiter steigender Investitionskosten pro zusätzlicher Kilowatt-

(Ministerpräsident Rau)

- (A) stunde liegt es auch im ökonomischen Interesse der Energieversorgungsunternehmen, Stromeinsparungen und eine gleichmäßige Auslastung der Stromversorgungseinrichtungen zu fördern. In anderen Ländern, z. B. in den Vereinigten Staaten und in der Schweiz, ist das schon selbstverständlich.

Der Ausbau der Fernwärme und die Nutzung der Abwärme sind auch weiterhin wichtig für eine bessere Lebensqualität in den Ballungsgebieten. Wir drängen den Bund, das 1986 auslaufende Programm zum Ausbau von Kohleheizkraftwerken und Fernwärme fortzusetzen. Wir halten fest am Vorrang der heimischen Kohle. Unsere Kohle hat Zukunft, aber nur saubere Kohle hat Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Der Bund darf nicht weniger, er muß mehr in die Zukunft der deutschen Steinkohle investieren.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Wir werden unseren Beitrag weiterhin leisten. Wir erwarten vom Bund, daß er die langfristigen Perspektiven der Steinkohle und die bewährten Instrumente der Kohlehilfe sichert. Globale Stilllegungspläne und die Abschaffung von Kohlehilfen, wie sie derzeit bei der Europäischen Gemeinschaft ausgearbeitet werden, lehnt die Landesregierung ab.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Die bestehenden Absatzmärkte der Kohle müssen gesichert werden. Deshalb wird die Landesregierung darauf drängen, daß bei der Kohleverstromung die Grundentscheidungen für die Fortsetzung des Jahrhundertvertrags noch vor Ende der 80er Jahre gefällt werden. Die Landesregierung erwartet von der Elektrizitätswirtschaft, daß sie stillzulegende Steinkohlekraftwerke rechtzeitig durch neue umweltfreundliche Steinkohlekraftwerke ersetzt.

(Wendzinski (SPD): Und nicht durch Atomkraftwerke!)

Wir halten es für unerlässlich, daß auch der Hüttenvertrag um 20 Jahre uneingeschränkt verlängert wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung ist auch in Zukunft bereit, ihren Anteil bei der Kokskohlebeihilfe zu tragen.

Für die Zukunft der Steinkohle ist das frühzeitige Erschließen neuer Lagerstätten unver-

zichtbar. Wir werden dafür sorgen, daß die Nordwanderung des Steinkohlebergbaus in einem abgestimmten Gesamtkonzept ökologisch planvoll verlaufen kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Für die weitere Entwicklung des Braunkohletagebaus hat die Landesregierung schon Ende der vergangenen Legislaturperiode ein Entscheidungsverfahren festgelegt, an dem wir festhalten. Wenn Ende 1985 die Ergebnisse des Untersuchungsprogramms vorliegen, werden die notwendigen Entscheidungen getroffen.

Die Entwicklung neuer Technologien zur Kohleveredelung eröffnet uns in Nordrhein-Westfalen neue Chancen für mehr Beschäftigung und Export. Wir wollen, daß der Bund für die Großanlage zur Kohleveredelung in Bottrop endlich grünes Licht gibt.

(Zustimmung bei der SPD)

Schließlich sechstens: Unser Land Nordrhein-Westfalen muß sich noch mehr als bisher über seine Grenzen hinaus orientieren. Als exportstärkstes Land der Bundesrepublik müssen wir bei zunehmendem Wettbewerb unsere Außenwirtschaftsaktivitäten gemeinsam mit der Wirtschaft selber noch verstärken. Vor allem wollen wir den kleinen und mittleren Unternehmen durch intensivere Beratung, durch Förderung der Exportkooperation und durch spezielle Finanzierungsprogramme Türen öffnen. Wir werden unsere international ausgewiesenen Messegesellschaften und die Erfahrungen der Landesbank nutzen, um unserer Wirtschaft zusätzliche Chancen für den Eintritt in Exportmärkte zu verschaffen.

Ich lade die Wirtschaft und ihre Organisationen ein, mit uns gemeinsam ein Konzept zu dieser Stärkung der Außenwirtschaftsbeziehungen zu erarbeiten. Mitentscheidend für den Erfolg im Ausland ist das Bild, das unsere Handelspartner vom Land Nordrhein-Westfalen und seiner Wirtschaft haben. Auch deshalb werden der Ministerpräsident und die Mitglieder der Landesregierung in vielfältiger Weise für unser Land und seine Produkte werben. Wir werden das in den kommenden Jahren noch häufiger tun, beispielsweise im nächsten Jahr mit einer Industrie- und Kulturausstellung in Moskau.

(Aha! und Zurufe von CDU und F.D.P. - Unruhe)

- Regen Sie sich nicht auf, in dem Punkt kommen wir wirklich nach Baden-Württemberg.

(C)

(D)

(Ministerpräsident Rau)

- (A) Die Landesregierung ist davon überzeugt: Mit diesen sechs Schwerpunkten von der technologischen Offensive bis zur Stärkung der Außenbeziehungen sind wir auf dem richtigen Weg zur ökologischen und ökonomischen Erneuerung unseres Industrielandes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Der Weg, von dem ich spreche, verlangt große Anstrengungen und viel Sinn für gemeinsame Verantwortung. Entscheidend wird sein, daß wir dabei den sozialen Frieden bewahren. Sozialer Friede ist ein Produktionsfaktor. Sozialer Friede war entscheidend beim Wiederaufbau unseres Landes. Im sozialen Frieden werden wir die Erneuerung unseres Industrielandes schaffen.

Sozialen Frieden gibt es nicht ohne soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Wir werfen der Bundesregierung nicht vor, daß sie versucht, ihren Haushalt zu konsolidieren - das müssen alle Regierungen -, aber wir werfen ihr vor, daß sie das ungerecht tut. Sie entlastet die starken Schultern und belastet die schwachen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

- (B) Im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten und ihrer Zuständigkeit tut die Landesregierung viel, um die Situation der sozial Schwachen zu verbessern. Aber ein Land kann nicht alle Löcher stopfen, die der Bund aufreißt.

(Widerspruch bei und Zurufe von CDU und F.D.P. - Beifall bei der SPD - Schmidt (SPD): Das hören sie nicht gern!)

Zum sozialen Frieden gehört, daß wir die Montanmitbestimmung dauerhaft sichern und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften ausbauen, wie wir das mit unserem fortschrittlichen Landespersonalvertretungsgesetz getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Wer Mitbestimmung verweigert, hat aus der Vergangenheit unseres Industrielandes nichts gelernt.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Noch mehr als bisher müssen wir über die Lebenslage alter Menschen nachdenken, sie

(C) stärker in die Gesellschaft einbeziehen und ihre Erfahrungen für uns alle nutzen. Dabei geht es um die langfristige finanzielle Sicherung der Rente und um eine bessere Sicherung der Pflege im Alter. Dazu werden wir Vorschläge erarbeiten und in die Diskussion einbringen. Zum anderen ist das eine Frage, wie wir mit alten Menschen umgehen. Und es ist eine Frage unserer sozialen Phantasie, ob wir endlich flexiblere Übergänge zwischen dem Erwerbsleben und dem sogenannten Ruhestand schaffen.

Die Landesregierung wird Vorschläge zur Reform des Gesundheitswesens in der Bundesrepublik Deutschland erarbeiten und in die öffentliche Diskussion einbringen. Wir werden in der Gesundheitspolitik in unserem Verantwortungsbereich alles dafür tun, damit die Heilungsvoraussetzungen für Kinderkrebs verbessert und die Ursachen von Pseudokrupp erforscht werden.

(Zustimmung bei der SPD)

In unserem Land leben viele ausländische Mitbürger. Viele von ihnen wollen auf Dauer bleiben. Hier sind gezielte Änderungen des Ausländerrechts durch Bundestag und Bundesrat notwendig, damit das Aufenthaltsrecht stärker abgesichert ist und damit Unsicherheiten und vermeidbare Abhängigkeiten abgebaut werden. Wo die ausländischen Mitbürger leben, brauchen sie bessere Angebote zur Integration.

(D) Beim Datenschutz hat Nordrhein-Westfalen seit jeher eine Vorreiterrolle. Die Landesregierung wird ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um das Grundrecht der Bürger auf Datenschutz zu sichern. Wir erwarten, daß die Bundesregierung das ebenfalls tut.

Die demokratische Polizei ist ein wichtiger Garant für Freiheit und Sicherheit. Wir werden unsere bewährte Linie der Vernunft beim Einsatz der Polizei beibehalten.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung lehnt eine Einschränkung des liberalen Demonstrationsrechts entschieden ab.

(Beifall bei der SPD)

Das Demonstrationsrecht ist die Pressefreiheit des kleinen Mannes.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

(Ministerpräsident Rau)

- (A) Wir verfolgen jeden, der Demonstrationen zu Unrechtstaten mißbraucht; aber ebenso entschieden treten wir allen Bestrebungen entgegen, friedliche Demonstranten zu kriminalisieren.

(Beifall bei der SPD)

Die Politik der Landesregierung sichert Freiheitsrechte, bewahrt den Rechtsfrieden und schafft sozialen Ausgleich. Die Landesregierung wird Vorschläge für eine Reform des Systems der Rechtsgewährung zur Diskussion stellen. Alternativen zur gerichtlichen Streitschlichtung müssen weiter ausgebaut werden, weil viele Bürger im Konfliktfall nicht klagen wollen, sondern sich gütlich einigen möchten.

Die kommunale Selbstverwaltung wird ihre besondere Bedeutung für die Politik der Landesregierung behalten. Wir werden die Selbstverwaltung weiter stärken, um der politischen Mitwirkung und Mitgestaltung durch die Bürgerinnen und Bürger noch mehr Handlungsspielraum zu geben. Größere Entscheidungskompetenz vor Ort darf jedoch nicht dazu führen, daß notwendige Handlungsmöglichkeiten des Landes eingeschränkt werden.

Städteentwicklungspolitik, Verkehrspolitik, Wirtschafts- und Umweltpolitik sollen noch wirksamer miteinander verbunden werden, damit wir unsere Städte und Gemeinden als liebens- und lebenswerte Heimat erhalten. Die Landesregierung hat mit dem Konzept "Stadtökologie" einen Rahmen für die ökologisch orientierte Stadterneuerung vorgelegt.

- (B)

Angesichts stagnierender und sinkender Realeinkommen und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit gibt es zu wenig preisgünstige Wohnungen. Sie können in größerem Umfang nur im Wohnungsbestand gesichert werden. Das Gesamtkonzept der Landesregierung zum sozialen Wohnungsbau hat die Schwerpunkte "Bereitstellung preiswerter Altbauten", "Schutz des Bestandes von Sozialwohnungen", und es wird Umweltkriterien einbeziehen.

Für uns haben kleine, wohnungsnahe Freizeitanlagen Vorrang, die alle Bewohner eines Stadtteils schnell und problemlos erreichen können. Kinder und Jugendliche sollen mehr Raum zum Spielen finden. Wir appellieren an die Vernunft der Hauseigentümer und vertrauen auf die Hilfe und den Ideenreichtum von Mieterbeiräten, Selbstverwaltungsinitiativen und Bürgerzusammenschlüssen.

Sport, Spiel und Bewegung werden für Gesundheit und sinnvolle Freizeitgestaltung immer wichtiger. Wer bei uns in Nordrhein-Westfalen

Sport treiben will, findet im ganzen Land moderne Sportanlagen für den Breiten- und für den Spitzensport. Wir werden uns um eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Sport und Umweltpolitik bemühen. (C)

Die Landesregierung wird weiterhin die Absicht der Städte des Ruhrgebiets unterstützen, die Olympischen Spiele ins Revier zu holen.

(Beifall bei der SPD)

Das Ruhrgebiet wäre heute schon ein idealer Gastgeber für die Jugend der Welt.

(Zustimmung bei der SPD)

Der weitere Rückgang der Schülerzahlen wird auf mittlere Sicht zu kleineren Klassen führen. Das eröffnet neue pädagogische Gestaltungsmöglichkeiten. Die Landesregierung will grundsätzlich die wohnortnahe Schule beibehalten. In Einzelfällen wird es aber Kompromisse zwischen der Wohnortnähe und der pädagogischen Leistungsfähigkeit geben müssen.

Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen ist vielfältig und bietet unterschiedliche pädagogische Möglichkeiten. Der Elternwille hat für die Landesregierung nach wie vor Vorrang. Das wird nach den Erfahrungen der letzten Jahre zur Einrichtung weiterer Gesamtschulen führen.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Die positiven Erfahrungen bei der Verbindung von allgemeinem und beruflichem Lernen, bei der Vorbereitung auf Studium und Beruf in der Kollegschule ermutigen uns, sie weiter auszubauen

(Beifall bei der SPD)

und berufsbezogene Bildungsinhalte in andere Schulformen einzubringen.

Die Hochschulen wollen wir zur Sicherung der sozialen Chancen der jungen Generation offenhalten. Wir werden den Ausbau der Gesamthochschulen kontinuierlich fördern. Ich weiß, wie es in überfüllten Hörsälen aussieht; aber ich bitte alle um Verständnis, daß wir nicht heute zusätzliche Kapazitäten schaffen können, die schon in absehbarer Zeit nicht mehr gebraucht werden.

(Zuruf von der CDU: Zum Schaden der Qualität!)

Um einer möglichst großen Zahl junger Wissenschaftler die Chance zu weiterer Qualifikation

(Ministerpräsident Rau)

- (A) auch für Tätigkeiten außerhalb der Hochschule zu geben, kann auf zeitlich befristete Beschäftigungsverhältnisse nicht verzichtet werden.

Die Landesregierung wird den wissenschaftlichen Nachwuchs auch in Zukunft fördern und gemeinsam mit den Hochschulen landespolitische Lösungen erarbeiten. Die Landesregierung wird darauf hinwirken, daß die Möglichkeiten der Frauen in Forschung und Lehre verbessert werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung hält die Novelle des Hochschulrahmengesetzes für falsch.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir stützen die Lehrenden und Studierenden in ihrer Kritik an diesem Gesetz. Für den Fall einer notwendigen Anpassung der Landeshochschulgesetze werden wir so viele der bewährten nordrhein-westfälischen Regelungen wie immer möglich erhalten. Demokratie und Teilhabe in den Hochschulen dürfen nicht Schaden leiden.

Die Landesregierung steht neuen Medienangeboten aufgeschlossen gegenüber. Ihre Einführung darf nicht zu Lasten der gewachsenen Medienlandschaft gehen, vor allem nicht zu Lasten des bestehenden Rundfunks, der Presse und des Films.

- (B) (Zustimmung bei der SPD)

Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt müssen erhalten bleiben. Das Landesmediengesetz wird den ordnungspolitischen Rahmen für private Initiativen setzen.

Die Landesregierung wird in dieser Legislaturperiode ein Konzept zur Stärkung der Filmwirtschaft und der Filmförderung in Nordrhein-Westfalen erarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Unser Land gehört zu den fünf bedeutendsten Kulturregionen der Welt. Dazu trägt ganz besonders das Ruhrgebiet bei. Traditionell wird Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen in erster Linie von den Kommunen bestimmt und getragen. Deren Kulturarbeit werden wir weiterhin unterstützen. Kulturelle Initiativen werden verstärkt durch den sogenannten Feuerwehrfonds gefördert. Kunst ist für eine offene Gesellschaft unverzichtbar. Vielfach ist sie das erste Zeichen für neue gesellschaftliche Entwicklungen.

Im nächsten Jahr feiern wir das 40jährige Bestehen unseres Landes. Wir in Nordrhein-Westfalen können stolz auf das sein, was wir in der noch jungen Geschichte unseres Bundeslandes erreicht haben. In wenig mehr als einer Generation ist ein neues Landesbewußtsein gewachsen. Wir wollen es pflegen und stärken.

Wir werden einen eigenen Landesorden stiften.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Wir wollen damit Zeichen setzen für Bürger, die sich verdient gemacht haben. Ich danke den beiden Fraktionen des alten Landtages für die eindeutige Zustimmung, die sie diesem Vorhaben schon in den letzten Monaten der alten Wahlperiode gegeben haben.

(Beifall bei der SPD - Erneute Zurufe von CDU und F.D.P.)

Ich denke, es ist deutlich geworden, daß wir uns viel vorgenommen haben. Es muß aber ebenso deutlich sein, daß die finanziellen Bedingungen, unter denen wir Politik gestalten, nicht günstig sind. Wenn wir ehrlich sind: Sie sind und bleiben auf absehbare Zeit sehr schwierig. Das Land mußte in der Vergangenheit hohe Kredite aufnehmen. Nicht vorhersehbare Einbrüche bei den Steuereinnahmen, unsere besonderen finanziellen Leistungen für die Gemeinden und die anhaltende Benachteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen im bundesstaatlichen Finanzausgleich haben die Landesfinanzen schwer belastet.

In den vergangenen Jahren hat die Landesregierung politische Schwerpunkte gesetzt und zugleich den Landeshaushalt kontinuierlich konsolidiert.

(Widerspruch bei der CDU)

Seit 1981 haben wir die Neuverschuldung Schritt für Schritt gesenkt. Wir müssen auch weiterhin deutlich konsolidieren.

(Anhaltender Widerspruch bei der CDU - Aigner (SPD): Die werden erst ruhig, wenn das Fernsehen weg ist. Dann werden die erst friedlich!)

- Viele hören offenbar zum erstenmal zu Beginn einer Legislaturperiode eine Regierungserklärung des Regierungschefs und verhalten sich so, Herr Kollege Aigner. Bitte nehmen Sie es nicht übel!

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit!

(A) Ministerpräsident Rau: Aber wir sichern Gestaltungsmöglichkeiten durch klare Prioritäten und durch kräftige Umschichtungen im Haushalt. Ich habe schon gesagt: Die Infrastruktur des Landes ist gut. Wichtiger als Neubau sind jetzt Erhaltung und Erneuerung. Das gilt vor allem für Straßen und Wohnungen. Durch Umschichtungen erhalten wir hier notwendige Mittel für unsere Politik.

Viele Gemeinden haben auf dem Weg der Konsolidierung ihrer eigenen Haushalte einen großen Schritt nach vorne getan, obwohl ihnen das durch Maßnahmen des Bundes auf sozialem und steuerlichem Gebiet erschwert worden ist. Mit einer gemeindeunfreundlichen Steuerpolitik des Bundes müssen wir leider auch in Zukunft rechnen.

Die Landesregierung wird den Fragen der Gestaltung des kommunalen Finanzausgleichs besondere Aufmerksamkeit widmen. Der kommunale Finanzausgleich ist aber überfordert, wenn er die Steuerschwäche der strukturbelasteten Gemeinden auf Dauer ausgleichen soll. Die Landesregierung wird deshalb alle Bemühungen fördern, die darauf gerichtet sind, auch den strukturbelasteten Gemeinden wieder eigene Steuereinnahmen von einigem Gewicht zu verschaffen.

Eine Grundvoraussetzung müssen wir dabei stets beachten: Das Land kann seiner finanziellen Verantwortung für die Gemeinden nur gerecht werden, wenn seine eigene finanzielle Leistungsfähigkeit dauerhaft gewährleistet bleibt. Darum müssen wir eine gleichmäßige Finanzentwicklung von Land und Gemeinden sicherstellen.

Der Grundsatz gleichmäßiger Finanzentwicklung muß auch zwischen Bund und Ländern gelten. Das Land Nordrhein-Westfalen wird sowohl bei der Verteilung der Bundesergänzungszuweisungen als auch durch die geltende Regelung des horizontalen Länderfinanzausgleichs in verfassungsrechtlich nicht hinnehmbarer Weise benachteiligt. Die Landesregierung wird nicht nachlassen, den gerechten Anteil des Landes einzufordern.

(Beifall bei der SPD)

Wir verlangen darüber hinaus mit den anderen Ländern einen Ausgleich für die überproportionalen Einnahmeausfälle, die Länder und Gemeinden durch die vom Bund beschlossenen Steuersenkungsmaßnahmen treffen. Die jetzt beschlossene Steuersenkung ist konjunkturpolitisch falsch, finanzpolitisch unausgewogen und sozialpolitisch unververtretbar.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir werden weiterhin dafür kämpfen, daß die Einkommensschwächeren nicht die Verlierer der Steuerpolitik sind. Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit. Die Landesregierung wird auch künftig im Bundesrat für eine gerechtere Steuergesetzgebung und für sozial ausgewogene Verteilung der Steuerlasten eintreten.

Meine Damen und Herren, die neue Struktur der Landesregierung entspricht den vor uns liegenden Arbeitsschwerpunkten. Umwelt und Raumordnung, Wirtschaft und Technologie, Arbeit und Soziales sind Aufgaben, die in enger Wechselbeziehung zueinander stehen. Sie sind daher auch jeweils organisatorisch zusammengefaßt. Mit dem Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft hat Nordrhein-Westfalen als einziges Bundesland ein Umweltministerium, das diesen Namen verdient.

(Beifall bei der SPD)

Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr werden in einem Ministerium zusammengefaßt. Das wird den Lebens- und Wohnverhältnissen der Menschen in den Städten und Gemeinden zugute kommen. Im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie ist der Beitrag der Industrie- und Gewerbepolitik, der Mittelstands- und Technologiepolitik für die Entwicklung des Landes zusammengefaßt. Die technologie- und forschungspolitische Offensive des Landes, von der ich gesprochen habe, wird ganz wesentlich von drei Ministerien getragen: dem Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Um der Frauenpolitik der Landesregierung zusätzliches Gewicht zu geben, werde ich eine Parlamentarische Staatssekretärin für Frauenfragen berufen.

(Beifall bei der SPD)

Die dafür notwendige Gesetzesinitiative wird die Landesregierung unverzüglich einleiten. Über die Besetzung dieses Amtes werde ich entscheiden, wenn der Landtag das erforderliche Gesetz verabschiedet hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Landespolitik kann immer weniger isoliert nach Ressortzuständigkeiten gestaltet werden; ressortübergreifende Aspekte werden immer wichtiger. Ich werde deshalb drei Kabinettsausschüsse einsetzen: für Umwelt, für Wirtschaft und für Technologie.

(C)

(D)

(Ministerpräsident Rau)

- (A) Auf die Staatskanzlei als Führungsinstrument des Ministerpräsidenten und Steuerungseinrichtung der gesamten Landesregierung kommen zusätzliche Aufgaben zu. Sie muß dafür funktional und personell gestärkt werden.

(Aha! bei der CDU)

Die Landesregierung will die Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechniken auch für sich selber nutzen. Wir werden ein Konzept für den koordinierten Einsatz dieser Techniken in der öffentlichen Verwaltung erarbeiten und als Modell in obersten Landesbehörden erproben. In Verbindung damit werden die Verwaltungsorganisation und die Personalplanung weiterentwickelt. Auf die Mitarbeit der Personalräte legt die Landesregierung besonderen Wert.

Die Landesregierung vertritt selbstbewußt und entsprechend der Bedeutung des Landes die Interessen Nordrhein-Westfalens auch nach außen. Das größte Bundesland hatte schon immer eine besondere Beziehung zum Bund. Die Wähler haben mit ihrer Entscheidung vom 12. Mai das politische Gewicht Nordrhein-Westfalens noch vergrößert. Ich verstehe das auch als Auftrag, unsere Vorstellungen gegenüber dem Bund noch entschiedener zu vertreten.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wir fordern bei der Bundesregierung ein: ihre Verantwortung für die Sicherung der heimischen Kohle, ihre Verantwortung für die hochleistungsfähige nordrhein-westfälische Stahlbasis. Wir beklagen, daß der Bund bisher kein Gesamtkonzept für die deutsche Stahlindustrie vorgelegt hat, vielmehr durch seine Zustimmung in Brüssel die Chancen der deutschen Stahlindustrie gefährdet.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern bei der Bundesregierung ihre Verantwortung für berechenbare und klare Normen zum Schutz der Umwelt ein.

Die Aufgaben des Ministers für Bundesangelegenheiten werden in den nächsten Jahren noch wichtiger für unser Land und seine Menschen.

Wir in Nordrhein-Westfalen sind auf Grund unserer Industriestruktur und unserer hohen Exportquote von allen Entscheidungen auf europäischer Ebene am stärksten betroffen. Wir werden deshalb unsere eigenen Interessen und Positionen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft künftig auch selber vertreten;

wir werden ein eigenes Büro in Brüssel (C) eröffnen.

(Dorn (F.D.P.): Und eins bei der UNO!)

- Schauen Sie einmal nach, wer den Vorschlag hier zum erstenmal gemacht hat, Herr Dorn!

Vertretung der Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen heißt auch: intensive Gespräche mit den Verantwortlichen in anderen Ländern. Wir suchen das Gespräch mit unseren Nachbarn. Wir wissen, daß es für viele Probleme nur noch gemeinsame europäische Lösungen gibt.

Ich möchte hier an meine Gespräche mit der politischen Führung des anderen deutschen Staates, der DDR, vor allem mit dem Staatsratsvorsitzenden, erinnern. Die Landesregierung wird mit ihren Möglichkeiten zu einer weiteren Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten beitragen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist über die ökonomischen Beziehungen hinaus wichtig für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands.

Unser Land wünscht gute Beziehungen zu allen Nachbarn. Ich hoffe, daß jeder versteht, wenn ich unser Verhältnis zu zwei Völkern hervorhebe: Unsere jüngste Geschichte verleiht den deutsch-israelischen Beziehungen einen besonderen Charakter. Wir wollen, daß sich möglichst viele Menschen beider Länder begegnen können, damit Antisemitismus und Rassismus bei uns nie wieder eine Chance haben. (D)

(Allgemeiner Beifall)

Wir haben dem amerikanischen Volk beim Wiederaufbau unseres Landes viel zu verdanken.

(Allgemeiner Beifall)

Wir sollten über ein deutsch-amerikanisches Jugendwerk auf Bundesebene nachdenken, damit junge Menschen in beiden Staaten sich besser kennen- und verstehen lernen. Unsere Freundschaft mit Amerika reicht tiefer und überdauert auch konkrete politische Differenzen mit der jeweiligen amerikanischen Administration. Wo es Unterschiede gibt, ist das direkte Gespräch noch wichtiger.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsident Rau)

- (A) Bei den entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes, bei unserem Beitrag für einen gerechteren Ausgleich zwischen Nord und Süd wollen wir neue Wege prüfen. Wir sollten verstärkt Gelegenheit dafür schaffen, daß junge Menschen aus Nordrhein-Westfalen unmittelbar in Ländern der Dritten Welt helfen.

Das ist konkreter Friedensdienst. Das kann mehr bewirken als nur ein Aufstocken der Haushaltsansätze - mehr für die Menschen in der Dritten Welt und mehr für das Bewußtsein bei uns.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle wissen: Ohne Frieden ist alles andere nichts. 40 Jahre nach dem Ende des schrecklichen Krieges stehen wir alle in einer gemeinsamen Verpflichtung: Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen, deutscher Boden darf nie wieder von Krieg verwüstet werden; von deutschem Boden muß Friede ausgehen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen uns mit unseren Möglichkeiten nicht überschätzen. Und doch leiten uns Selbstbewußtsein und Zuversicht. Warum das so ist, will ich am Schluß dieser Regierungserklärung zu erläutern versuchen.

- (B) Häufiger ist in letzter Zeit gesagt und geschrieben worden, dieser Ministerpräsident mißtraue den großen, abstrakten Entwürfen; er halte sich mehr an die Menschen. Das vereinfacht, aber es enthält auch eine zutreffende Beobachtung, die nicht nur für mich gilt, sondern für meine Partei im ganzen.

Wir meinen, daß es vor allem darum geht, durch unser Tun in der Politik das Leben der Menschen Tag für Tag ein Stück menschlicher zu machen. Es geht um den jeweils nächsten konkreten Schritt. Aber dazu gehört natürlich eine klare Orientierung; denn wir könnten diese praktischen Schritte nicht gehen, wenn wir keine klaren Vorstellungen davon hätten, wie unsere Gesellschaft aussehen soll.

Unkritische Marktgläubigkeit ist in dieser Gesellschaft ebenso untauglich zur Lösung konkreter Probleme wie die falsche Erwartung, alles Heil komme vom Staat. Die Menschen wollen von uns keine Scheinkontroversen über ordnungspolitische Grundsatzpositionen. Sie verlangen praktische Vorschläge zur Verbesserung der Lebensbedingungen.

- (C) Aus eigener Einsicht wissen wir, daß Politik nicht alle Probleme lösen kann. Wer könnte ein Paradies auf Erden versprechen? Irrtum und Schuld, Krankheit, Sorge und Unglück werden immer zum Leben der Menschen gehören. Politik kann aber dazu beitragen, daß es in unserer Gesellschaft Strukturen und Prozesse gibt, durch die sich menschliche Konflikte human lösen lassen.

Wir fühlen uns auch durch die Kirchen in unserer Überzeugung gestärkt, daß gesellschaftliche Verhältnisse, die den Menschen mitbestimmen, beeinflußt werden müssen zugunsten des besseren, des menschlicheren Lebens. Die Kirchen nehmen ihren gesellschaftlichen Auftrag wahr und führen wichtige Argumente in die politische Diskussion ein. Ich erinnere nur an die neueste gemeinsame Stellungnahme der beiden großen Kirchen zur Umweltpolitik.

Der Kirchentag, der gestern hier in Düsseldorf zu Ende gegangen ist, ist für mich ein neuer Beweis der Kraft und der Lebendigkeit christlichen Glaubens. Wir richten unsere Blicke schon heute auf den Katholikentag im nächsten Jahr in Aachen. Alle Parteien sind gut beraten, auf diese Stimmen sorgfältig zu hören.

Was politisch zu tun ist, um die Bereitschaft zu solidarischem Verhalten zu vergrößern, wird geschehen. Ich habe dafür in den letzten Monaten viel Zuspruch bekommen. Ich will mit meiner Politik den Wählern, die uns neu ihr Vertrauen gegeben haben, dauerhaft eine politische Heimat anbieten.

(Beifall bei der SPD)

(D) Lassen Sie uns in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, gemeinsam ans Werk gehen. Unser Gemeinwesen braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger. Staatliche Politik kann nicht ersetzen, daß Menschen füreinander Zeit haben. Sie kann den fürsorglichen Krankenbesuch ebensowenig ersetzen wie das "in Notfällen da sein". Staatliche Maßnahmen können menschliche Begegnungen anregen, aber sie können nicht anstelle von Nachbarschaft und Freundschaft stehen.

Ich denke, es ist schon auch Sache eines Ministerpräsidenten, soziale Phantasie für private Initiativen zu wecken und zu ermuntern. Auch dabei wollen wir uns nicht überschätzen. Wir werden die Menschen nicht umkrepeln, aber wir können freisetzen helfen, was an solidarischem Fühlen und Denken in unserem Land reichlich vorhanden ist. Das möchten wir tun.

(Ministerpräsident Rau)

- (A) Und wenn uns das gelingt, dann wird unser Land Nordrhein-Westfalen wieder ein Stück anders aussehen - noch besser, noch menschlicher als heute schon.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, Sie haben die Regierungserklärung entgegengenommen. Die Aussprache darüber findet am 13. Juni 1985 statt.

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Ermächtigung des Ausschusses für Haushaltskontrolle zur Prüfung der Rechnung des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen gemäß § 101 LHO

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/11

Gesetzliche Grundlage bildet § 101 der Landeshaushaltsordnung. Danach wird die Rechnung des Landesrechnungshofs vom Landtag geprüft, der auch die Entlastung erteilt. Der Ausschuß berichtet dem Landtag über das Ergebnis seiner Prüfung.

- (B) Mit Drucksache 10/11 liegt Ihnen ein gemeinsamer Antrag aller drei Fraktionen vor. Ich eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Beratung.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag Drucksache 10/11 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Einwilligung des Landtags bei der Veräußerung von Grundstücken gemäß § 64 Abs. 2 LHO

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/12

§ 64 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung lautet:

Haben Grundstücke erheblichen Wert oder besondere Bedeutung und ist ihre Veräußerung im Haushaltsplan nicht vorgesehen,

so dürfen sie nur mit Einwilligung des Landtags veräußert werden, soweit nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme hiervon geboten ist. Ist die Einwilligung nicht eingeholt worden, so ist der Landtag alsbald von der Veräußerung zu unterrichten.

(C)

Mit Drucksache 10/12 liegt Ihnen ein gemeinsamer Antrag aller drei Fraktionen vor. Er beinhaltet die gleiche Regelung, die auch während der 9. Wahlperiode praktiziert wurde.

Ich eröffne die Beratung. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag Drucksache 10/12 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist angenommen.

Als letzten Punkt der Tagesordnung rufe ich Punkt 5 auf:

Beschlüsse zu Petitionen
- Übersicht 9/57 -

Mit der genannten Übersicht liegen Ihnen die Beschlüsse des Petitionsausschusses vor. Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist auch hier nicht der Fall. Gemäß § 100 Abs. 6 der Geschäftsordnung stelle ich fest, daß die mit der obigen Übersicht vorgelegten Beschlüsse zu Petitionen durch Ihre Kenntnisnahme bestätigt sind.

(D)

Meine Damen und Herren! Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Die nächste Plenarsitzung findet am 13. Juni 1985 statt. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 11.35 Uhr

Ausgegeben: 13. Juni 1985

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (0211) 884439, zu beziehen.